

Wertheimer, Robert G.

Article — Digitized Version

Günstige Aussichten für die amerikanische Wirtschaft

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Wertheimer, Robert G. (1968) : Günstige Aussichten für die amerikanische Wirtschaft, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 48, Iss. 2, pp. 88-92

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133811>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

wieder im Schwinden begriffen ist — wie manche „Auguren“ es heute schon darstellen wollen.⁷⁾

NEUORDNUNG DES FINANZAUSGLEICHS

Im dritten Kapitel schließlich geht es Heller um die Stärkung der finanzwirtschaftlichen Grundlagen des föderalistischen Staatswesens der USA. Er entwickelt hier einen Plan zur Neuordnung des Finanzausgleichs zwischen der Bundesregierung in Washington und den Bundesstaaten. Ausgangspunkt seiner Überlegungen ist, daß die Zentralregierung viele ihrer Aufgaben

⁷⁾ Vgl. z. B. Frederick H. Rosenstiel, Die Neue Nationalökonomie versagt, Beobachtungen aus der Praxis der amerikanischen Wirtschaftspolitik, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 245 vom 21. 10. 1967. — Andererseits hat jetzt Prof. Fritz Neumark in einer Leserschrift mit Recht erklärt, daß von einem Versagen der Neuen Wirtschaftslehren nicht die Rede sein könne. Vgl. die FAZ Nr. 18 vom 22. 1. 1968.

nicht erfüllen kann. Unter Hinweis auf Alexis de Tocqueville schreibt Heller, „daß ein Land mit kontinentalen Ausmaßen zwar erfolgreich von einer Zentrale aus regiert, aber nicht verwaltet werden kann“. Sein Plan ist infolgedessen darauf abgestellt, die Finanzkraft der Bundesstaaten und der Gemeinden zu stärken. — Vor allem diejenigen deutschen Leser, denen die Neugliederung unserer eigenen Staatsfinanzen am Herzen liegt, werden diesem Abschnitt manche Anregungen entnehmen können.

„Das Zeitalter des Ökonomen“ von Walter W. Heller hat im angelsächsischen Raum weithin Beachtung gefunden. Namhafte Persönlichkeiten wie Roy F. Harrod, Arthur M. Schlesinger jr. und Robert Lekachman — um nur einige zu nennen — haben diese Veröffentlichung anerkennend gewürdigt. Auf die Aufnahme des Buches im deutschsprachigen Raum darf man mit Recht gespannt sein.

Günstige Aussichten für die amerikanische Wirtschaft

Prof. Dr. Robert G. Wertheimer, Cambridge, Mass. *)

Mit erstaunlicher Wendigkeit setzte die Wirtschaft der USA ihr Wachstum fort und überwand alle Hindernisse, die sich gegen Ende des Jahres 1966 auftürmten. Anstelle des für das erste Halbjahr 1967 erwarteten Niederganges entwickelten sich genügend Expansionskräfte. Obgleich wieder einmal ein wesentlicher Lagerabbau nach einer übertriebenen Vorratsbildung im Werte von 18 Mrd. \$ den Weg für einen starken Rückgang der privaten Investitionen und Verbraucherausgaben anzubahnen schien, überwand die Wirtschaft diese Fehlentwicklungen ohne Störungen. Mit um 19% höheren Bundesausgaben lieferte der öffentliche Sektor — allerdings ohne durchdachte Planung — die Antriebskräfte für neuerliche Fortschritte. Dazu trug auch der höhere Aufwand der einzelnen Bundesstaaten und Gemeinden bei. Die Geldpolitik erleichterte diese Entwicklung durch den Übergang zu einer äußerst expansionistischen Kreditstützungspolitik, die gleichsam einen Ausgleich für die vorherige übertriebene Geldverknappung bot.

Die wirtschaftliche Leistung war im Jahre 1967 in keinem Bereich wirklich enttäuschend, wenn man einmal von dem Zahlungsbilanz- und Haushaltsdefizit absieht. Obwohl der Preisauftrieb während des

größten Teils des Jahres durch eine geringere Ausnutzung der industriellen Kapazitäten und nur mäßige Lohnerhöhungen in Grenzen gehalten werden konnte, stiegen die Lebenshaltungskosten wieder um 3%. Gleich hohe Ausgaben der Wirtschaft (abgesehen von der Lagerhaltung), steigende Verbrauchernachfrage — die auf einer besseren Arbeitsmarktlage und Lohnerhöhungen beruhte — und steil ansteigende öffentliche Ausgaben trieben das Bruttosozialprodukt gegenüber 1966 um 43 Mrd. \$ auf 785 Mrd. \$ in die Höhe. Nominal bedeutet das eine Wachstumsrate von 5,8%. Unter Berücksichtigung der steigenden Lebenshaltungskosten betrug 1967 das reale Wachstum 2,8%. Damit blieb es ganz wesentlich unter der realen Wachstumsrate des Vorjahres von 5% und erreichte auch nicht die sowohl in Europa als auch in Amerika angestrebten 4 bis 5% jährlich.

ALLGEMEINE AUSSICHTEN FÜR 1968

Vom laufenden Jahr wird erwartet, daß es mit einem Auftrieb beginnt, der sich aber im weiteren Verlauf abschwächt. Größere private und öffentliche Ausgaben werden die industrielle Erzeugung, die Beschäftigung und das Einkommen in die Höhe treiben — eine Entwicklung, die sich nicht nur auf Amerika

^{*)} Übersetzung aus dem Englischen: Hubert Höping.

beschränkt, da für die meisten Industriestaaten Europas und der übrigen Welt ein besseres Jahr zu erwarten ist. Das Bruttosozialprodukt soll 845 Mrd. \$ erreichen und damit das Ergebnis von 1967 um 60 Mrd. \$ übertreffen. Nominal bedeutet das eine Steigerung um 7,6 %, real um 4,4 %, d. h. daß mit einem Preisanstieg von 3,2 % gerechnet wird.

Dieser Erfolg wird nicht automatisch eintreten. Er erfordert neben einer Zurückhaltung vor übertriebenen Lohnerhöhungen eine wirksame Finanz- und Kreditpolitik. Stärker als in den vorhergehenden Jahren soll der Verbraucher den Antrieb für das Wirtschaftswachstum liefern. Deshalb müssen Maßnahmen eingesetzt werden, die seine Ausgabenneigung fördern und nicht durch einschneidende Steuererhöhungen oder durch außerordentliche Preissteigerungen beeinträchtigen.

Wenn auch ein Investitionsboom nicht zu erwarten ist, so wird doch eine stetig steigende Nachfrage nach industriellen Anlagen und Ausrüstungen sowie eine zunehmende Lagerhaltung das Wachstum stimulieren. Selbst in dem unwahrscheinlichen Fall, daß keine Ausgaben mehr für den Vietnam-Krieg erforderlich sind, scheint das gesteckte Ziel doch erreichbar zu sein. Allerdings könnten vom Geldmarkt — wenn auch nicht vor dem zweiten Halbjahr — bremsende Wirkungen ausgehen. Auch stärkere Preissteigerungen als die angenommenen (3,2 %) sind nicht ausgeschlossen, vor allem wenn bei den Investitionen ein schnellerer Aufschwung einsetzt. Die jüngsten Maßnahmen zur Beseitigung des Zahlungsbilanzdefizits und zur Stärkung des Dollars werden jedoch gemeinsam mit der vorgesehenen Steuererhöhung übertriebenen Entwicklungen entgegenwirken. Die herrschende Kapitalknappheit dürfte durch die von der Regierung veranlaßte Umleitung der finanziellen Mittel vom Auslands- zum Binnenmarkt gemildert werden.

ZUKUNFTSTENDENZEN

Die industrielle Produktion dürfte im Gegensatz zum vergangenen Jahr stärker in Bewegung geraten. Sie soll erwartungsgemäß um 8 Punkte — auf 167 (1957/59 = 100) — anwachsen. Diese Steigerung, die die Ausnutzung der industriellen Kapazitäten auf beinahe 90 % erhöhen wird, bietet auch eine Grundlage für einen höheren Investitionsaufwand. Die Bruttogewinne der Unternehmen, die sich 1967 bei 81 Mrd. \$ gut behaupteten, werden etwa auf 85 Mrd. \$ anwachsen. Und die Gewinne nach Steuerabzug, die vergangenes Jahr 48 Mrd. \$ betragen, werden sich Ende 1968 auf 51 Mrd. \$ belaufen — selbst wenn die vorgeschlagene Einkommensteuer für Aktiengesellschaften Gesetz werden sollte.

Auf dem Arbeitsmarkt lag die Arbeitslosenquote trotz der schnellen Steigerung des Arbeitskräftepotentials auf 75 Mill. weiterhin knapp unter 4 %. Die Fähigkeit der Wirtschaft, Arbeitsplätze zu schaffen, bleibt trotz

zunehmender Rationalisierung nach wie vor höchst eindrucksvoll: Im vergangenen Jahr konnten 1,8 Mill. Arbeitskräfte zusätzlich beschäftigt werden. Für das kommende Jahr wird etwa mit dem gleichen Zuwachs gerechnet.

Im Einkommensektor überrunden die Einkommensteigerungen nach einer Stagnationsperiode die wachsenden Lebenshaltungskosten. Der Verbraucher verfügt damit über eine größere Kaufkraft. Man erwartet, daß der Verbraucher, der seine Kaufkraft im vergangenen Jahr nicht völlig ausnutzte, seine Ausgaben in diesem Jahr um mindestens 30 Mrd. \$ erhöhen wird. Die Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter, Kraftwagen und Wohnungen sollen erwartungsgemäß um 6 bis 8 % steigen, während die allgemeinen Einzelhandelsumsätze um 6 % wachsen dürften (gegenüber 3 % 1967). Wenn ein Boom hier auch nicht zu erwarten ist, so wird die größere Inanspruchnahme von Abzahlungskrediten und die Rückkehr zu der üblichen Sparquote von 5,5 % der verfügbaren persönlichen Einkommen (anstelle der ungewöhnlich hohen Quote von 7 %, die 1967 erreicht wurde) diesen überaus wichtigen Wirtschaftssektor doch erheblich stimulieren. Eine Erhöhung der Einkommensteuer dürfte diesen Trend kaum nennenswert verändern.

Die entscheidende Größe für den Verlauf des Wirtschaftswachstums sind immer die Ausgaben der Wirtschaft für Anlagen und Ausrüstungen. Im Jahre 1967 genügten die Ausgaben gerade zur Kompensierung des Preisanstiegs. Eine reale Zuwachsrate war nicht zu verzeichnen. In diesem Jahr werden diese Ausgaben vor allem durch höhere Ersatzinvestitionen und Mehraufwand für die Modernisierung von Werkanlagen um 8 % steigen. Die Finanzierung dieser Investitionen dürfte durch wachsende Mittel aus einbehaltenen Gewinnen und Abschreibungen, die immer noch höher liegen als 1967, erleichtert werden. Auch haben offensichtlich viele Unternehmen Barmittel gehortet, um damit der Gefahr einer neuen Geldverknappung wie 1966 zu begegnen.

Die Ausgaben für die Lagerhaltung erfuhren Ende 1966 und 1967 einen höchst drastischen Rückgang von 18,5 Mrd. \$ auf 2,7 Mrd. \$. Es wird erwartet, daß dieses Jahr ein stürmischer Auftrieb zurück zur „normalen“ Quote von 6 bis 7 Mrd. \$ eintritt. Beim Wohnungsbau wird trotz der hohen hypothekarischen Belastungen von 6 % und darüber eine Erholung mit einem Gesamtaufwand von 28 Mrd. \$ (plus 4 Mrd. \$) erwartet, da nunmehr genügend Geldmittel zur Verfügung stehen. Insgesamt werden Investitionsausgaben damit nach vorsichtiger Schätzung im Jahr 1968 um insgesamt 15 Mrd. \$ steigen.

PREISENTWICKLUNG

Der Preisanstieg des vergangenen Jahres ist vor allem durch höhere Ausgaben von Verbrauchern, Unternehmen und Regierung verursacht worden. In

der zweiten Jahreshälfte wurden wachsende Schwierigkeiten durch Lohnerhöhungen, die über die Produktivitätssteigerungen hinausgingen, hervorgerufen. Die sogenannten „Lohn- und Preisrichtlinien“ haben sich insgesamt bewährt.

Für das Jahr 1968 werden wieder höhere Lohnforderungen erwartet. Bei den Schlüsselindustrien rechnet man mit Sätzen von beinahe 6 %. Eine Anpassung an die „normalen“ Produktivitätsgewinne von 3 % könnte einige Entlastung bringen. Präsident Johnson hat deshalb einen Appell an Unternehmer und Arbeiter gerichtet, in dem er vor weiteren Preissteigerungen und übertriebenen Lohnforderungen warnt. Falls weitere unerwartete Aufwärtsbewegungen einsetzen sollten, werden vermutlich stärkere Lohn- und Preiskontrollen eingeführt werden. Aber weder von ihnen noch von einer Steuererhöhung wird erwartet, daß sie die eigentlichen Ursachen der Preissteigerungen — das Wiederaufleben der privaten Nachfrage und wachsende Staatsausgaben — beseitigen werden.

Nach Meinung von Mariner Eccles, dem ehemaligen Vorsitzenden des Direktoriums der Federal Reserve Bank, ist die Inflation in den USA hauptsächlich auf den Krieg in Vietnam zurückzuführen — eine Ansicht, die der Verfasser jedoch nicht teilt. Was immer auch die Ansatzpunkte einer Inflationsbekämpfung sein mögen, so sollten restriktive monetäre und finanzpolitische Maßnahmen, wie sie zwischen 1958 und 1965 immer wieder eingesetzt wurden, nicht angewendet werden. Prof. Samuelson nannte diese Maßnahmen kürzlich eine „Investition in Sadismus“. Nach seiner Ansicht wurde die Preisstabilität in dieser Periode mit einem Produktionsverlust im Werte von 200 Mrd. \$ erkauft und durch Experimente erzwungen, deren Wiederholung riskant wäre.

DIE MONETÄRE SITUATION

Besonders große Schwierigkeiten bestehen auf dem Kreditmarkt. Es dürfte kein Zweifel darüber herrschen, daß die Federal Reserve Bank die Politik einer krassen Kreditverknappung nicht wiederholen wird, die sie Ende 1965 und Anfang 1966 verfolgte.

In den vergangenen Wochen sank der Finanzbedarf geringfügig. Trotzdem haben die Anleihezinssätze einen Stand wie im Bürgerkrieg erreicht. Der Zinssatz für private Anleihen der Wirtschaft liegt bei 6 % und darüber. Außerdem haben neben der Bundesregierung auch die einzelnen Staaten und Gemeinden, der Wohnungsbau sowie die Unternehmen nahezu einen finanziellen Rekordbedarf angemeldet. Der Kreditbedarf für 1968 ist auf 76 Mrd. \$ geschätzt worden und übertrifft damit den Betrag des Vorjahres um 18 Mrd. \$.

Die sich hieraus ergebende Belastung des Kapitalmarktes könnte aber trotzdem durch folgende Faktoren gemildert werden: Das tatsächliche Haushalts-

defizit für 1968 dürfte niedriger als erwartet ausfallen. Zugleich hat sich die finanzielle Situation der Unternehmen gebessert. Außerdem wird die Wirtschaft die Erleichterung spüren, die von der Abschaffung der in den letzten zwei Jahren verlangten beschleunigten Steuerzahlung ausgeht. Überdies wird die Begrenzung von Kapitalexporten zusätzliche Mittel im Inland verfügbar machen.

Auch die Zinssätze dürften ihren Höhepunkt überschritten haben, zumal die Kontrollen der Zahlungsbilanz die Notwendigkeit international wettbewerbsfähiger Zinssätze beseitigt hat. Viel wird von der Kontrolle des Preisanstiegs abhängen. Wenn der gegenwärtige finanzielle Engpaß sachgemäß und wirksam behandelt wird, wird damit das Haupthindernis für eine reibungslose Realisierung aller vorgesehenen wirtschaftlichen Fortschritte beseitigt.

BESEITIGUNG DES ZAHLUNGSBILANZDEFIZITS

Um das Zahlungsbilanzdefizit zu beseitigen, wurden Maßnahmen ergriffen, die an verschiedenen Stellen ansetzen. Die Kapitalexporte sollen um 1 Mrd. \$ gesenkt und Ausgaben für den Tourismus, Bankanleihen an Ausländer sowie Verteidigungsausgaben im Ausland um jeweils 500 Mill. \$ reduziert werden. Außerdem erwartet man, daß die Exporte gegenüber den Importen um 500 Mill. \$ übertroffen werden. Die in der Kennedy-Runde erreichten Zollsenkungen sollen jedoch nicht beeinträchtigt und auch die guten Wirtschaftsbeziehungen mit anderen Staaten nicht gestört werden. Deshalb wurden noch keine Maßnahmen für eine Beschränkung der Wareneinfuhr vorgeschlagen.

Dieser ziemlich drastische, obwohl nicht unerwartete Versuch, ein „Gleichgewicht“ zu erreichen, schießt vielleicht über das Ziel hinaus, weil das auf über 3 Mrd. \$ angewachsene Defizit gegen Ende 1967 vermutlich auch vorverlegte Kapitalexporte enthält, die schon in Erwartung der kommenden Kontrollen vorgenommen wurden. Die Zahlungsbilanz für 1967 zeigt bereits ein wesentlich günstigeres Bild, wenn die tatsächlich erfolgten Kapitalimporte der amerikanischen Banken in Höhe von 2 Mrd. \$ berücksichtigt werden.

Es kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß die Zahlungsbilanzdefizite noch für einige Zeit fortbestehen können. Voraussetzung ist dann jedoch, daß die Staaten mit Dollarüberschüssen bereit sind, ihre Dollarguthaben zu halten und sie dazu zu verwenden, um damit früher oder später amerikanische Waren und Dienstleistungen zu kaufen. Die amerikanische Politik, einen baldigen Ausgleich der Zahlungsbilanz herbeizuführen, entspricht den Wünschen europäischer Zentralbanken. Sie befriedigt auch den Wunsch amerikanischer Kreise, Defizite zu vermeiden. Die offensichtlich überhastet geplanten Maßnahmen scheinen im Ausland allerdings eher gebilligt zu werden als

in den USA. Eine freiwillige Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Regierung hätte das Defizit auf ein verschwindend kleines Maß zurückführen können. Andererseits ist die vorgeschlagene Anwendung bürokratischer Kontrollen, selbst ohne eine Devisenkontrolle, eine ernüchternde und enttäuschende Erinnerung an die Grenzen der internationalen Finanzkraft der USA.

UBERBEWERTUNG DES DOLLARS

Eine Abwertung des Dollars muß jedoch entschieden abgelehnt werden. Sie ist weder notwendig noch sinnvoll. Sie würde aus wirtschaftlichen und politischen Gründen mehr Schaden anrichten als Vorteile bringen. Der ständige Überschuß der amerikanischen Warenausfuhr gegenüber der Einfuhr straft jede Behauptung Lügen, daß der Dollar überbewertet sein könnte. Außerdem weisen die USA keine wirtschaftlichen Krankheitserscheinungen auf, wie z. B. zu langsames Wachstum, niedrige Produktion, Mangel an Produktivitätssteigerungen, eine zu Buche schlagende Preisinflation oder große Arbeitslosigkeit, die eine Abwertung erzwingen würden.

Und selbst wenn man sich derartigen Problemen gegenübergestellt sähe, können diese wirtschaftlichen

Mängel nicht allein durch eine Abwertung beseitigt werden. Die politisch begründete Furcht vor einer Abwertung, die zu einer Finanzkrise wie im Jahre 1931 führt — die seinerzeit durch das Pfund ausgelöst wurde — ist wahrscheinlich auch die Wurzel der jetzigen Vertrauenskrise. Heute leben wir jedoch in einer anderen Welt mit stürmisch wachsenden Volkswirtschaften, starken Regierungen und internationaler Zusammenarbeit. Deshalb können die Auswirkungen der Pfundabwertung isoliert werden.

DER AUSSENHANDEL

Es ist nicht zu erwarten, daß die amerikanischen Pläne für einen Ausgleich des Zahlungsbilanzdefizits ungünstige Auswirkungen auf andere Volkswirtschaften haben werden. Da weder Quoten noch andere restriktive Maßnahmen vorbereitet werden, werden die amerikanischen Einfuhren nicht beeinträchtigt. Vielmehr wird der Konjunkturaufschwung in den USA den Einkauf ausländischer Rohstoffe, Kapitalgüter und dauerhafter Verbrauchsgüter beleben. Auch sollte eine Verminderung oder Beseitigung des amerikanischen Defizits die europäische Konjunkturbelebung nicht verzögern. Im Gegenteil, dieser Zahlungsbilanz-

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIVS

NEUERSCHEINUNG

REGIONALE WIRTSCHAFTSPOLITIK IN FRANKREICH

von Ulrich Weinstock

Ein vorrangiges Thema der französischen Wirtschafts- und Innenpolitik ist seit 1955 die Regionalpolitik. In der Zwischenzeit haben sich die regionalen Ziele und Konzeptionen mehrfach gewandelt. Der Reiz dieser Gesamtdarstellung der französischen Regionalpolitik liegt darin, daß die in Frankreich gemachten Erfahrungen mit der „Reform in Permanenz“ berücksichtigt wurden. Die Studie, in der bereits die regionalpolitische Konzeption des V. Plans 1966-1970 verarbeitet wurde, bietet somit umfangreiches Anschauungsmaterial für die Bestrebungen anderer Länder auf diesem Gebiet.

344 Seiten, 1968, Oktav, Preis brosch. DM 34,—

VERLAG WELTARCHIV GMBH · HAMBURG

ausgleich dürfte im Ausland die viel erwarteten antiinflationären Wirkungen hervorrufen.

Insgesamt wird bei Ein- und Ausfuhr für 1968 ein weiterer Anstieg auf insgesamt 28 Mrd. \$ bzw. 33 Mrd. \$ erwartet. Zusammengenommen soll die Waren- und Dienstleistungsbilanz wieder einen Überschuß von 5 Mrd. \$ erbringen, der zur Finanzierung der gekürzten Kapitalexporte und der Verteidigungsausgaben im Ausland verwendet wird. Die mit Vietnam verbundenen Ausgaben, die im vergangenen Jahr um 400 Mill. \$ auf 1,4 Mrd. \$ anwachsen, sollen auf jeden Fall reduziert werden. Jede Verminderung des militärischen Gesamtaufwandes wird zu einer Dollarsparnis führen und den Ausgleichsprozeß bei einem Minimum an Restriktionen im privaten Sektor beschleunigen.

DER STAATLICHE SEKTOR

In seiner State of the Union Message hat der Präsident — in Anbetracht des Wahljahres mit beachtlicher Zurückhaltung — den Vietnamkrieg und die Friedensaussichten „normalisiert“ und einen mäßig expansionistischen Staatshaushalt vorgeschlagen. Wenn er auch keine Prioritäten setzte, so wandte er

seine Aufmerksamkeit doch fast ausschließlich der Binnenwirtschaft zu. Die Schaffung von Arbeitsplätzen für die langfristig Unbeschäftigten, ein ehrgeiziges, keine großen Kosten verursachendes Wohnungsbauprogramm sowie die Wiederholung der bereits bekannten Steuererhöhungsvorschläge standen dabei an erster Stelle. Weder Preisstruktur noch Kreditpolitik wurde mehr als eine routinemäßige Beachtung gewidmet, während die auf eine Wiederherstellung von Gesetz und Ordnung gelegte Betonung den einzigen größeren Beifall erhielt, obwohl die hierfür vorgeschlagenen Mittel belanglos sind.

Die Haushaltsvorschläge für das Fiskaljahr 1969 enthalten folgende Zahlen: Ausgaben 147 Mrd. \$ einschließlich 9 Mrd. \$ aus der geplanten Steuererhöhung (1968: 119 Mrd. \$). Damit wird von einer Erhöhung der Ausgaben um 7,5 % (10 Mrd. \$) ausgegangen, die damit der erwarteten nominalen Wachstumsrate entspricht. Als eine Neuerung wurde der sog. „vereinheitlichte“ Haushalt aufgestellt, der auch die Mittel für soziale Sicherheit, Autobahnen usw. umfaßt. Dieser vereinheitlichte Haushalt sieht für 1969 Ausgaben von 189 Mrd. \$ (1968: 176 Mrd. \$) und Einnahmen von 178 Mrd. \$ (1968: 156 Mrd. \$) vor.

Auf dieser Grundlage berechnet, beträgt die Expansion der Staatsausgaben nur 5,7 %, während bei den Einnahmen eine Steigerung um 22 Mrd. \$ oder 14,1 % erwartet wird. Diese Zunahme innerhalb eines einzigen Jahres sollte eine fühlbare antiinflationäre Wirkung haben.

Von den Zunahmen der Bundesausgaben wird für 1968 nur eine geringe Steigerung des Sozialproduktes erwartet. Zusammen mit den viel größeren Ausgabensteigerungen der Bundesstaaten und Gemeinden wird der öffentliche Sektor nur für 25 % der erwarteten Zuwachsrate verantwortlich sein.

KERNPROBLEM VIETNAM

Bei einer endgültigen wirtschaftlichen Beurteilung spielen mögliche unerwartete Ereignisse eine größere Rolle als in früheren Jahren. Der größte Einfluß würde ohne Zweifel von einer veränderten Intensität des Krieges in Vietnam ausgehen. Eine Ausweitung, wenn auch noch in begrenztem Umfang, könnte die Wirtschaft näher an direkte Kontrollen, höhere Bundesausgaben und Steuern sowie an Einschränkungen des privaten Konsums heranführen. Auch die Preissteigerungen müßten durch direkte Kontrollen in Schach gehalten werden. Eine derartige, auf den Krieg eingestellte Wirtschaft könnte eine Wachstumsrate, einschließlich des Inflationsfaktors, von 5 % aufweisen. Eine Beendigung des Krieges aber würde Steuersenkungen, höhere Auslandshilfe, einen Bauboom im Inland, niedrigere Zinssätze sowie eine geringere Inflation mit sich bringen und eine Wachstumsrate für 1968 von real 6 % ermöglichen, die damit wesentlich über den bisherigen Schätzungen läge.

Wie ist die Informationsfülle zu bewältigen?

Täglich wächst das Wissen, das wir uns aus Informationen erarbeiten, erhalten und sinnvoll nutzen müssen. Wie diese ständig wichtiger werdende Aufgabe bewältigt werden kann, klärt Ulrich Bischoff in seinem neuen Buch „Die Informationslawine“. Ein Werk für Unternehmer und alle Führungskräfte der Wirtschaft.

Ulrich Bischoff: Die Informationslawine
(323 Seiten, Zeichn., Leinen, DM 20,—)

ECON-VERLAG GMBH, 4 DÜSSELDORF

Postfach 1102